

Ein Flugblatt der Deutschen Kommunistischen Partei Saarland zu den Landtagswahlen 2017

Für eine lebenswerte Zukunft im Saarland! GroKo abwählen! Druck für einen Politikwechsel machen! Millionäre zur Kasse!

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: 'Wär ich nicht arm wärst du nicht reich.'“ Treffender als mit Bertolt Brecht kann die Entwicklung im Saarland nicht beschrieben werden.

Trotz Haushaltsnotlage wird weiter von unten nach oben umverteilt und die Reichen werden reicher!

Die Zukunftsaussichten für das Leben und Arbeiten im Saarland werden mit diesem Dogma des neoliberalen Kapitalismus nicht besser werden.

Die Koalition von CDU und SPD im Landtag setzt angesichts einer solchen Entwicklung blind auf ein „Weiter so“! Selbstherrlich setzt sich die CDU-SPD-Koalition über alle alternativen Lösungsansätze hinweg. Das entspricht dem neoliberalen Grundkonsens in der Koalition. Mit ihrer parlamentarischen Mehrheit organisieren sie die Kürzungen gegen die arbeitenden Menschen im Land. Dies geschieht zunehmend mit Methoden, die einer Erpressung gleichen. Städte und Gemeinden werden unter das Diktat des Innenministeriums gestellt und genötigt Kita-Gebühren und weitere kommunale Gebühren und Steuern zu erhöhen. An Stelle des Zuckerbrotes wird zunehmend nur noch die Peitsche eingesetzt. Die Kaputtsparpolitik ist zur Abwicklungspolitik verkommen!

Die AfD ist ein gefährlicher Rechtsausleger des neoliberalistischen Kapitalismus. Mit ihrer Politik und Programmatik fordert sie eine Verschärfung der Kaputtsparpolitik, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und sozialer Besitzstände, wie das Rentensystem. Sie sieht sich als Druckmacher auf Regierungen, den Kurs der Ausplünderung der Arbeitenden und der Umverteilung von unten nach oben noch weiter zu forcieren.

Es gibt sicherlich viele Ursachen für die Stimmengewinne der AfD. Eine Ursache ist die große Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik, deren Ergebnissen und die daraus entstehenden Zukunftsängste. Kräfte wie die AfD nutzen diese. Die Mischung aus Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist zu einer großen Gefahr für das Le-

ben und Arbeiten auch im Saarland geworden!

Die DKP hat schon lange vor einer solchen Entwicklung gewarnt und Alternativen vorgeschlagen:

- Der Kampf gegen die Austeritätspolitik, gegen die Kaputtsparpolitik ist der Dreh- und Angelpunkt für eine bessere Zukunft der Lebens- und Arbeitsbedingungen auch hier im Saarland!
- Wer die Finanznot hier im Lande bekämpfen will, muss von oben nach unten umverteilen. Die Reichen müssen zahlen!
- Statt der Abwicklungspraxis und -politik für das Saarland fordern wir ein Landesentwicklungsprogramm für die Zukunft der Jugend, der Arbeitenden, der von Arbeitslosigkeit

Saarland 2017:

Bildung und Infrastruktur? Kaputtgespart!

Kommunen und Pflege? Kaputtgespart!

Armut + Profite? Auf Rekordniveau!

Löhne? Unter Druck!



Stoppt die Kaputtsparer!

Große Koalition abwählen –

Millionäre zur Kasse!

Der Mensch geht vor Profit!

Betroffenen! Wir fordern die Schaffung der Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen, auch für die Geflüchteten, die zu uns kommen.



Refugees welcome

- Die DKP fordert 1 Milliarde Euro für ein öffentliches Investitionsprogramm im Saarland. Damit muss vor allem die soziale und ökologische Infrastruktur modernisiert und verbessert werden. Dazu gehört ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, mit dem die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut bekämpft werden kann. Notwendig ist auch ein Zukunftsprogramm für die Stahlindustrie und ihre Arbeitsplätze.
- Das Geld für ein solches Investitionsprogramm muss aus verschiedenen Quellen genommen werden. Der Bund darf nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden das Saarland zu entschulden und entsprechende Mittel bereitzustellen.
- Die DKP fordert eine Millionärssteuer. Im Saarland kann mit einer „Millionärsabgabe zur Bekämpfung der Haushaltsnotlage“ der Anfang gemacht werden!
- Die DKP unterstützt den Widerstand gegen die Austeritätspolitik und ist selbst mit eigenen Aktionen und Initiativen dabei.

Wir sind solidarisch verbunden mit allen, die für einen radikalen Politikwechsel eintreten und aktiv sind, in dessen Mittelpunkt eine klare Absage an die neoliberale Kaputtmach-Politik und deren Überwindung für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit steht!

Wir treten mit unseren Möglichkeiten dafür ein, dass sich die Kräfte, die für einen solchen radikalen Politikwechsel arbeiten, verständigen und versuchen ihre Kräfte zur Erreichung dieses Zieles zu bündeln.

Die DKP tritt dafür ein, dass die Demagogie der rechten Rattenfänger mit einer ehrlichen und überzeugenden Alternative bekämpft wird. Nach Auffassung der DKP ist ein alternatives, gemeinsames Projekt aller, die den Neoliberalismus überwinden wollen, überfällig.

Der außerparlamentarische Druck muss stärker

werden. Die Impulse aus Aktionen wie von ver.di zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und der Pflege geben wertvollen Schub und viele Erfahrungen!

Wir appellieren an den DGB und alle Einzelgewerkschaften, sich konsequent aus einer Einbindung in die Austeritätspolitik zu lösen und eine eigene, gewerkschaftlichen Interessen entsprechende, gesellschaftspolitische Alternative zu entwickeln, dafür zu mobilisieren und Druck zu machen. Die Erarbeitung von Antworten aus gewerkschaftlicher Sicht auf die Frage „Wie wollen wir im Saarland in Zukunft leben und arbeiten und was ist dazu erforderlich?“ ist dringender denn je.

Nur so wird die Kraft wachsen und wirksamer für den notwendigen, radikalen Politikwechsel!

- **Schluss mit dem neoliberalen Kaputt-Kürzen!**
- **Entwickeln statt Abwickeln!**
- **Die Reichen müssen zahlen! Millionäre zur Kasse!**
- **Der Mensch geht vor Profit!**

Nicht nur wählen – auf den außerparlamentarischen Druck kommt es an!

Seit Jahren gehen die Pflegerinnen und Pfleger auch aus saarländischen Krankenhäusern auf die Straße, machen auf den akuten Pflegenotstand aufmerksam und fordern Maßnahmen zur Entlastung mit mehr Personal.



Jetzt stellt sich die Ministerpräsidentin vor die Presse und findet, dass die Zustände unhaltbar sind und dass Abhilfe geschaffen werden müsse. Wir stellen die Frage: Wieso bekommt die Landesregierung aus CDU und SPD erst jetzt mit, dass es seit Jahren den Notstand in der Pflege gibt? Sie verschärft mit ihrer Kaputtsparpolitik täglich den Pflegenotstand: Denn die Groko kommt ihren finanziellen Verpflichtungen für die Krankenhäuser nicht mehr nach! Verweigert jährlich 50 Millionen EUR!

Es geht doch nicht nur um die nicht mehr erträglichen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in



der Pflege, sondern auch um die Qualität und somit der Versorgung der Menschen im Land, wenn sie krank werden!

Diese Unfähigkeit wahrzunehmen, wie die Zustände im Land wirklich sind, welche Folgen die Kapputt-Sparpolitik inzwischen für die Lebensbedingungen der Saarländer/innen hat, ist ja nicht nur auf diesem Gebiet erkennbar. Die Groko aus CDU und SPD sieht aber keinen Grund diese Politik in Frage zu stellen.

Im Gegenteil, CDU und SPD wollen so weiter machen wie bisher. Jetzt sind sie durch die Aktionen der Betroffenen und die wachsenden Aufmerksamkeit in der Bevölkerung aufgeschreckt worden. Plötzlich gibt es hektischen Aktionismus bei der CDU und auch der SPD im Saarland. Der Druck macht's. Sie werden gezwungen über Verbesserungen nachzudenken. Und reden jetzt viel davon. Aber solange sie an den Grundlinien ihrer Austeritätspolitik festhalten, wird der Pflegenotstand nicht überwunden werden können. Es sollen Pflasterchen geklebt werden und es wird gehofft, dass irgendwann der Druck aufhört. Es ist ja auch Wahlkampf. Wenn es jetzt Verbesserungen geben sollte, dann ist dies nicht das Ergebnis der Groko-Politik, sondern der Erfolg der Kolleginnen und Kollegen in der Pflege! Sie haben ein Recht auf bessere Arbeitsbedingungen, die auch in Tarifverträgen mit den Kliniken festgeschrieben werden müssen!

Die große Koalition muss jetzt abgewählt werden!

Die Partei DIE LINKE (PDL) setzt auf einigen Feldern Akzente für eine andere Politik. Gemessen an den Herausforderungen, den Problemen des Landes, der Schul- und Bildungsprobleme, der Situation der Familien, der Arbeitsplatz-Probleme, der zunehmenden Armut ist dies nicht durchgängig und nicht konsequent. Leider.

Die DKP teilt nicht alle Positionen der PDL. So sind einige Äußerungen zur Einwanderungs- und Asylpolitik von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafon-

taine nicht akzeptabel und werden von Pro Asyl u.a. zurückgewiesen.

Die PDL strebt im Saarland eine Koalition mit der SPD an und hat einige Voraussetzungen benannt. Die Saar-SPD steckt trotz einiger innerparteilicher Debatten und Korrekturversuchen weiterhin auf vielen Positionen im Sumpf des Neoliberalismus. In ihren Wahlkampfmaterialien rühmen sie den angeblich erfolgreichen Kürzungskurs der großen Koalition. Einige Korrekturen an der Agenda 2010 oder an der Kürzungspolitik reichen nicht aus. Wie soll mit einer solchen Koalition eine glaubhafte, anti-neoliberale Regierungsalternative entstehen? Nicht nur wir Kommunisten sind der Auffassung, dass ohne eine druckvolle Bewegung für eine andere Politik vor allem aus den Betrieben und von den Gewerkschaften, eine von Neoliberalismus befreite Landespolitik nicht möglich werden wird. Mehr Aufmerksamkeit und Engagement – vor allem auch durch die PDL – für die notwendige Stärkung der außerparlamentarischen Kräfte ist aus unserer Sicht notwendiger denn je.

Darin liegt der Schlüssel zur Durchsetzung einer antineoliberalen Politik im Land.

Es ist eine wichtige Erfahrung, dass sich die Grundlinien der Politik nicht bei Wahlen, sondern in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen

der Minderheit des großen Kapitals und der Mehrheit der Lohnabhängigen entscheiden – in den Klassenkämpfen, durch deren Verlauf und Ergebnisse. Wahlen und Regierungswechsel sind im Kapitalismus deshalb keine Garantie für tiefgreifende Veränderungen. Wahlen müssen aber nicht bedeutungslos für den Verlauf und die Weiterentwicklung der Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sein. Sie können wichtige

Wegmarken dieser Auseinandersetzung sein.

Die Stimme für Oskar Lafontaine und die PDL kann in der aktuellen Situation ein Mittel sein, den außerparlamentarischen Druck im Landtag hörbarer und vielleicht auch spürbarer werden zu lassen!

Die PDL braucht aber auch den Druck von links! Die DKP ist dabei!

Scheinlösung Länderfinanzausgleich

Der „neue“ Länderfinanzausgleich liegt auf dem Tisch. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD im Saarland feiert sich selbst für das, was hier erreicht worden sei. Damit sei das Saarland als Bundesland „gerettet“ und spätestens nach 2020 würde die Landschaft hierzulande „wieder blühen“.

Was bedeutet die Einigung zum neuen Länderfinanzausgleich für das Saarland wirklich?

- Es ist keine Entschuldungslösung – das heißt das unsoziale und viele Lebensgrundlagen zerstörende Spardiktat mit der Schuldenbremse wird festgeschrieben.
- Bei Ende der Niedrigzinsphase und zurückgehenden Steuereinnahmen droht der schnelle Bankrott des Landes!
- Die Sicherung einer Daseinsvorsorge im Land und in den Kommunen wird immer weniger möglich.



- Bis 2020 erhält das Saarland nur 360 (!) Millionen über den Finanzausgleich. Ab 2021 sollen es 500 Millionen sein. Finanziert über die Umsatzsteuer. Das heißt die arbeitenden Menschen bezahlen auch diese Rechnung. Die Vermögen der Millionäre werden weiterhin nicht angetastet.
- Die Umverteilung von unten nach oben wird weiter gehen. Die Reichen werden noch reicher, die sozialen Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten noch größer.
- Das Land wird seiner Finanzpolitik entmündigt – das Bundesfinanzministerium diktiert! Immer weniger Möglichkeiten für Bedürfnisse aus den regionalen Bedingungen!

- Mit der Zentralisierung der Fernstraßenverwaltung wird der Einstieg in die Privatisierung betrieben – Gewinner wird die Finanzwirtschaft sein.

Die Zukunftsprobleme sind finanziell nicht gelöst!

Die Vereinbarungen zum Länderfinanzausgleich sind eine Bankrotterklärung der saarländischen Landesregierung!

Der Mensch geht vor Profit!



Infobox:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses Probeabo der uz - Zeitung der DKP
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift:

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:
 DKP Saarland, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken,
 dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de,
 v.i.S.d.P.: Artur Moses

